

Datenschutzhinweise**Informationen zur Datenerhebung nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) -**

Nachfolgend informiert das Angermünder Bildungswerkes e.V. (nachfolgend ABW genannt) sowie sein Tochterunternehmen die ABW GmbH zum Umgang mit personenbezogenen Daten. Darin einbezogen sind ebenfalls die verschiedenen Bereiche in Trägerschaft des ABW, wie die Berufsschule Angermünde sowie die Kita „Weltentdecker“.

Der Schutz personenbezogener Daten hat für uns einen sehr hohen Stellenwert und somit die Bedeutung und Verpflichtung, die Verarbeitung und Weitergabe von personenbezogenen Daten im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Sozialgesetzbuches zu sichern.

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der DSGVO und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das:

Angermünder Bildungswerk e.V.
Puschkinallee 12
16278 Angermünde

Tel.: +49 (0)3331 296978-0
Fax: +49 (0)3331 296978-77
E-Mail: info@abw-ang.de

bzw. die

ABW GmbH
An der MTS 7
16278 Angermünde

Tel.: +49 (0)3331 296979-0
Fax: +49 (0)3331 296979-77
E-Mail: info@abw-ang.de

Der Ansprechpartner für den Datenschutz ist unter der o.g. Adresse oder per E-Mail unter datenschutz@abw-ang.de erreichbar.

2. Quellen der Daten

Das ABW verarbeitet personenbezogene Daten, die durch die betroffene Person¹ über sich selbst (z.B.: mündlich, schriftlich oder elektronisch) weitergegeben wurden.

Weiterer hin verarbeitet das ABW personenbezogene Daten, die es von Dritten (z.B.: Auftraggebern) zur Erbringungen der entsprechenden Leistung erhalten hat.

Zudem verarbeitet das ABW - soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich - personenbezogene Daten, die es aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Presse, Internet) zulässigerweise gewinnen oder die von anderen Unternehmen berechtigt übermittelt werden.

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien wie Name, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag und -ort, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten). Darüber hinaus können dies auch Auftragsdaten (z. B. Zahlungsauftrag), Daten aus der Erfüllung von vertraglichen bzw. öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen (Produkt- und Projektdaten), Dokumentationsdaten wie z. B. Beratungsprotokolle, Registerdaten sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten sein.

In besonderen Fällen werden ebenfalls Daten folgender Kategorien nach Einwilligung des Betroffenen erhoben und verarbeitet, sofern sie zur Dienstleistungserbringung notwendig sind, z.B.: Daten zum beruflichen und persönlichen Werdegang, Gesundheitsdaten, Daten zur Lebenssituation, Daten zur Einkommenssituation, persönliche Informationen.

3. Zweck der Datenverarbeitung

3.1 Zur Erfüllung der im Unternehmenszweck liegenden Aufgaben

Das ABW verarbeitet personenbezogenen Daten zur Erfüllung des Zwecks des Vereins und seines Tochterunternehmens.

Der Zweck ABW ist die Errichtung einer Ausbildungsstätte mit dem Ziel, durch Berufsbildung (berufliche Erstausbildung, Fortbildung und Umschulung) das territoriale Handwerk und den Mittelstand zu fördern und deren weitere Entwicklung zu unterstützen, sowie als Träger von Ausbildungsmaßnahmen aufzutreten. Die Unternehmen haben weiterhin als bedeutende Aufgaben Bildung, berufliche Aktivierung/Integration und Sozialarbeit durchzuführen. Die Unternehmen fördert außerdem das Wohlfahrtswesen, die Kinder- und Jugendhilfe, die Hilfe für Flüchtlinge sowie kulturelle Zwecke und den Sport.

Zu diesem Zweck werden ebenfalls eine Kindertagesstätte, Wohnheime und eine Kantine nebst Cateringservice betrieben.

In Einzelfällen nimmt das ABW die Weitervermietung von Immobilien vor.

3.2 Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 2 DS-GVO) erfolgt zur Erbringung von Dienstleistungen insbesondere zur Durchführung von Verträgen oder vorvertraglichen

¹ Als betroffene Person oder Betroffener wird die Person bezeichnet, deren personenbezogene Daten im ABW verarbeitet, gespeichert oder weitergegeben werden.

Maßnahmen und der Ausführung von Aufträge sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Unternehmens zur Erfüllung der oben aufgeführten Leistung erforderlichen Tätigkeiten.

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach der konkreten Leistung.

Wir weisen darauf hin, dass eine Leistungserbringung nur möglich ist, wenn die notwendigen personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Sollte eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten an einen Dritten (z.B. Vertrags- / Kooperationspartner, Fördermittelgeber, externe Hilfeangebote) notwendig sein, erfolgt dies nur nach schriftlichen Einwilligungserklärung des Betroffenen bzw. seines gesetzlichen Vormundes.

3.3 Im Rahmen der Interessenabwägung

Soweit erforderlich verarbeiten wir Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen des Betroffenen, des ABW oder von Dritten.

Beispiele:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT Betriebs
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Videoüberwachung zur Sammlung von Beweismitteln bei Straftaten; sie dienen der Wahrnehmung des Hausrechts
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Produkten

4. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

4.1 Datenverarbeitung aufgrund der Einwilligung des Betroffenen

Soweit das ABW für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO als Rechtsgrundlage.

4.2 Datenverarbeitung zur Erfüllung vertraglicher Pflichten

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

4.3 Datenverarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Pflichten

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (gesetzliche Bestimmungen) erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

4.4 Datenverarbeitung im Rahmen der Interessenabwägung

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses des ABW oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des

Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

5.1 Zusammenarbeit innerhalb des ABW

Innerhalb des ABW erhalten diejenigen Stellen Daten eines Betroffenen, die diese zur Erfüllung ihrer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen (z. B. EDV, Rechnungswesen, Maßnahmeteam).

Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT-Dienstleistungen, Logistik, Druckdienstleistungen, Telekommunikation und Consulting, Steuerberatung, Prüfeinrichtungen (z.B.: Kammern, Prüfungsbehörden), vertraglich gebundene Kooperationspartner sowie Honorarkräfte.

5.2 Weiterleitung außerhalb des ABW

5.2.1 Zusammenarbeit zwischen ABW und dem Auftraggeber / dem Zuschussgeber

Die Weitergabe von personenbezogenen Daten zum Auftraggeber / Zuwendungsgeber ist für die einzelnen Leistungen im Vertrag bzw. den vertragsbegründenden Unterlagen zwischen dem ABW und den Auftrags- bzw. Zuwendungsgeber geregelt. Die Einwilligung zur Weitergabe der personenbezogenen Daten wird durch die betroffene Person (bzw. seinen gesetzlichen Vertreter) vorab schriftlich erklärt.

Wir weisen darauf hin, dass eine Leistungserbringung zum Teil nur möglich ist, wenn der Weiterleitung der personenbezogenen Daten zugestimmt wird.

5.2.2 Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern

Die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Kooperationspartnern, dient der Verfolgung der Interessen des Betroffenen, des ABW oder eines Dritten. Zu den Kooperationspartnern könnten z.B.: externe Hilfsangebote, potentielle Ausbildungs- und Beschäftigungsgeber, weiterführende Bildungs- oder Aktivierungsangebote und viele mehr zählen. Die Einwilligung zur Weitergabe der personenbezogenen Daten wird durch die betroffene Person (bzw. seinen gesetzlichen Vertreter) vorab schriftlich erklärt.

5.2.3 Weiterleitung im Rahmen der Finanzaufsicht oder weiterer gesetzlicher Anforderungen

Informationen über natürliche Personen dürfen nur weitergeben werden, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, die Personen eingewilligt haben oder das ABW zur Erteilung einer Auskunft befugt sind.

Das ABW weisen deshalb darauf hin, dass möglicherweise erhobene Daten zum Zwecke der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse, zu erforderlichen Auswertungs- und Planungszwecken und aufgrund gesetzlicher Bestimmungen an Landes-, Bundes-, und Europabehörden weitergeleitet werden.

Je nach Anforderung erfolgt die Weitergabe von personenbezogenen Daten ebenfalls an Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung), Finanzämter, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz), Gerichte, andere Dritte wie z.B. Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Auftragsverarbeiter (z.B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), etc.

5.3 Sonstige Weiterleitungen

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) findet derzeit nicht statt. Sofern im Einzelfall eine solche Datenübermittlung erforderlich werden sollte, wird das ABW die Betroffenen, sofern gesetzlich vorgegeben, gesondert informieren.

6. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt.

Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde.

Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Soweit erforderlich verarbeitet und speichert das ABW personenbezogenen Daten für die Dauer der Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages oder eines Zuwendungsverhältnisses umfasst.

Darüber hinaus unterliegt das ABW verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) ergeben.

Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Im Übrigen gelten in Förderangelegenheiten noch zusätzlich die Aufbewahrungsfristen nach den EU-Strukturfondsverordnungen.

Ferner beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z. B. nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahren betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Die Speicherdauer beurteilt sich im Übrigen auch nach den mit dem Betroffenen oder Vertragspartner vereinbarten Verlängerungen der gesetzlichen Verjährungsfristen.

7. Kategorien personenbezogener Daten

Insbesondere folgende Datenkategorien werden durch das ABW verarbeitet:

7.1 Stammdaten inkl. Kontaktdaten

Das sind beispielsweise je nach Bedarf:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mail-Adresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, Kundennummer der Agentur für Arbeit bzw. des Jobcenters, Bedarfsgemeinschaftsnummer,

7.2 Daten zur Einzelfallarbeit und Gruppenarbeit in Bezug auf z.B.:

- Aktivierung/Vermittlung/Integration in Arbeit / Bildung,
- Allgemeine und berufliche Bildung
- Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe

Das sind beispielsweise:

Lebenslauf, Nachweise über Abschlüsse etc., Angaben zu Kenntnissen und Fähigkeiten, Führerschein, Qualifikation (schulische und berufliche), Leistungsfähigkeit, Motivation, Rahmenbedingungen (Mobilität, freiwillige Angaben: familiäre Situation, finanzielle Situation, Wohnsituation), private Informationen Daten auf Grundlage der Beauftragung von Dritten (z.B. Jobcenter, Agentur für Arbeit, Zuwendungsgeber), Dokumentation der Einzelfallarbeit (z.B. in Form von Gesprächsnotizen, Erfolgsbeobachtung, Zielvereinbarungen, pädagogisches Tagebuch) sowie Dokumentation von Gruppenarbeiten (z.B. Klassenbuch, Beobachtungsprotokolle)

7.3 Gesundheitsdaten:

Das sind beispielsweise Daten für die Betreuung im Reha-Bereich, Begutachtungen oder Stellungnahmen durch Ärzte und medizinische Dienste (z.B.: in Bezug auf Einschränkungen bei der Beschäftigungsaufnahme, in Bezug auf Einschränkungen bei der Teilnahme am Sportunterricht oder in Bezug auf Einschränkungen bei der Verpflegung im Kita-Bereich).

7.4 Daten zur Beitragsberechnung

Beispielsweise zur Berechnung des Elternbeitrags für den Besuch der Kita oder der Berechnung des Schulgeldes für den Besuch der Berufsfachschule werden unter anderem folgende Daten verarbeitet:

Einkommensnachweise, bei selbständiger Tätigkeit: Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV), der Bilanz bzw. der Einnahmen-Überschussrechnung (EÜR) bei bzw. alternativ Betriebsabrechnungsbögen (BAB) oder Bescheinigung des Steuerberaters, Unterhaltsleistungen, Renten, Einkommen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) wie: Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Insolvenzgeld, sonstige Leistungen nach anderen Sozialgesetzen, wie Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Wohngeld, Leistungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, Leistungen nach dem BAföG oder BAB, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Anzahl unterhaltsberechtigter Kinder

8. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten einer natürlichen Person verarbeitet, ist diese Betroffene i.S.d. DSGVO und es stehen ihr folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

8.1 Auskunft

Der Betroffene hat ein Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten personenbezogenen Daten, über die Zwecke der Verarbeitung, über eventuelle Übermittlungen an andere Stellen und über die Dauer der Speicherung.

8.2 Berichtigung/Vervollständigung

Sollten Daten unrichtig sein oder unvollständig erhoben worden sein, kann der Betroffene die Berichtigung oder Vervollständigung der Daten verlangen.

8.3 Löschung

Sofern nachgewiesen wird, dass personenbezogene Daten zu Unrecht verarbeitet wurden, wird unverzüglich die Löschung der betroffenen Daten veranlasst. Das gilt auch, wenn die Daten zur Aufgabenerledigung nicht mehr benötigt werden. Für die Beurteilung dieser Sachlage sind die Speicherfristen maßgebend, wobei Rechnungslegungsfristen oder Rückforderungsfristen (vgl. Ausführungen zu Speicherdauer) zu berücksichtigen sind.

9. Widerspruchsrecht nach Art. 21 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

9.1 Widerspruch der Einwilligung

Der Betroffene hat das Recht, seine datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

9.2 Im Rahmen der Interessenabwägung

Sollten sich aus einer besonderen persönlichen Situation Gründe gegen eine Verarbeitung personenbezogener Daten ergeben, kann der Betroffene, soweit die Verarbeitung auf ein berechtigtes Interesse gestützt ist, dieser widersprechen. Der Verantwortliche verarbeitet betreffenden personenbezogenen Daten ab dem wirksam werden des Widerspruches nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die dem Interessen, Rechte und Freiheiten des betroffenen überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihren Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten senden Sie bitte schriftlich an:

Angermünder Bildungswerk e.V.
Puschkinallee 12
16278 Angermünde
Tel.: +49 (0) 3331 296978-0
Fax: +49 (0) 3331 296978-77
Mail datenschutz@abw-ang.de

Postanschrift:
Angermünder Bildungswerk e.V.
An der MTS 7
16278 Angermünde

bzw.:

ABW GmbH
An der MTS 7
16278 Angermünde
Tel.: +49 (0) 3331 296979-0
Fax: +49 (0) 3331 296979-77
Mail datenschutz@abw-ang.de

10. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde für Datenschutz, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn der Betroffene der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten gegen den Datenschutz verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wird, unterrichtet den betroffenen über den Stand und die Ergebnisse seiner Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs.

Mehr Informationen finden Betroffene auf der Internetseite des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

11. Sicherheit

Das ABW setzt technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO ein, um verwalteten Daten gegen zufällige oder vorsätzliche Manipulationen, Verlust, Zerstörung oder vor dem Zugriff unberechtigter Personen zu schützen. Die Sicherheitsmaßnahmen des ABW werden entsprechend der technologischen Entwicklung fortlaufend verbessert. Der Zugriff darauf ist nur wenigen Befugten und zum besonderen Datenschutz verpflichteten Personen möglich, die mit der technischen, administrativen oder der redaktionellen Betreuung von Daten befasst sind.

12. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem ABW müssen Betroffene nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Leistungserfüllung erforderlich sind. Ohne diese Daten kann eine ordnungsgemäße und erfolversprechende Leistungsumsetzung nicht zugesichert werden.

Je nach Leistungstyp könnten beispielsweise folgende Folgen bei unzureichender/fehlerhafter Auskunft und Mitwirkung entstehen:

- Ziel der Leistung (z.B.: Integration in Ausbildung oder Arbeit) kann nicht erreicht werden,
- Zulassung zu Prüfungen durch eine Prüfungsbehörde erfolgen nicht,
- Festsetzung des Höchstbetrages für den Elternbeitrag bei Kita, Berufsfachschule bzw. Nachforderung bei der Jahresendabrechnung,
- Ablehnung des Abschluss eines Vertrages,
- Abbruch / vorzeitiges Beenden einer Leistung

13. Zweckänderung

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Zwecken zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.

14. Aktualität der Datenschutzhinweise

Diese Datenschutzhinweise sind aktuell gültig und haben den Stand vom Mai 2018.

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzhinweise jederzeit zu ändern, zu aktualisieren oder zu ergänzen. Jede überarbeitete Version gilt nur für personenbezogene Daten, die nach dem Inkrafttreten der überarbeiteten Datenschutzhinweise erfasst oder geändert wurden.